

Editorial

Die russische Aggression gegen die Ukraine im Februar 2022 und der bis heute anhaltende Abnutzungskrieg hat dem Militär in der westlichen Welt einen Bedeutungszuwachs verschafft, der nach dem Ende des Kalten Krieges über gut drei Jahrzehnte hinweg unmöglich schien. Statt über die Klimakrise, die skandalöse Sparpolitik auf dem Rücken der Bedürftigsten oder das bewusst in Kauf genommene massenhafte Sterben von Zuflucht Suchenden an den Grenzen der reichen Länder zu sprechen, wird jetzt auf allen Kanälen die Notwendigkeit der Aufrüstung beschworen, wobei es gar nicht genügend Mordinstrumente sein können, und das so schnell wie möglich! Die Reihen des Militärs werden aufgefüllt und geschlossen, und die gesamte Bevölkerung wird auf den Kriegsfall eingeschworen. Offiziersverbände, vor kurzem noch weithin als Kostümvereine belächelt, fordern unter lautem Beifall die Beschaffung von immer mehr Kriegsmaterial, und die geistige Militarisierung beginnt schon in der Grundschule.

Es ist keine Überraschung, dass von den Kanzeln und Kathetern lautstarke Unterstützung kommt, dass die tonangebenden Medien das Ganze nicht in Frage stellen und dass auf den Teppichetagen der Rüstungsfirmen angesichts durch die Decke gehender Aktienkurse die Champagnerkorken knallen. Verwunderlich ist allenfalls, dass mit militärischem Sachverstand verfasste Bedrohungsanalysen, die einen konventionellen Angriff einer feindlichen Macht auf den Westen bei den unwahrscheinlichsten Szenarien einordnen, nicht die geringste Beachtung finden. Anstelle zu fragen, welche Art von Kriegsgerät in der absehbaren Zukunft benötigt werden könnte und in welchen Mengen, werden von der herrschenden Politik immer höhere Prozentwerte für die Kriegsvorbereitung aus der gesellschaftlichen Produktion verkündet, auf Kosten des Nützlichen, Empathischen und Schönen. Verschwiegen oder vergessen wird, dass die geplante Aufrüstung die Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie bis ans Äusserste strapazieren und damit die Preise in die Höhe treiben wird. Für die vielen Prozentpunkte des Bruttoinlandprodukts wird das Militär also deutlich weniger Kriegsmaterial erhalten als erhofft.

Dass die Kriegsbegeisterung im «bürgerlichen» Lager kritische Fragen nicht aufkommen lässt, da sie als unpatriotische Obstruktion angesehen

würden, lässt zwar an dessen kollektivem Verstand zweifeln, ist aber Ausdruck davon, dass der patriotische Schulterschluss funktioniert; wie immer, wenn verkündet wird, das Vaterland sei in Gefahr. Bestürzend ist dagegen, dass weite Teile der europäischen Linken dem «Ruf des Vaterlands» ebenso folgen. Man gibt sich zwar weniger martialisch, und statt mit Begeisterung den neuen Glanz alles Militärischen zu feiern, wird bedauert, dass so etwas leider wieder nötig sei. Weitgehend Konsens ist aber, dass man «Putin» militärisch stoppen müsse, da er sonst ermutigt werde, ganz Europa zu überrollen. Wer das nicht erkenne, sei «naiv».

Die Sozialdemokratie in den massgeblichen europäischen NATO-Ländern möchte – wie 1914 in den kriegsführenden Ländern – mit am Generalstabstisch sitzen und in den politischen Schulterschluss einbezogen werden. Einige Grüne und Alternative zieren sich noch, aber eine internationalistische Linke in der Tradition der Zimmerwalder Anti-Kriegs-Konferenz von 1915 sucht man vergeblich; abgesehen von politisch praktisch bedeutungslosen Splittergruppen und einigen Individuen, bestreitet auf Seite der Linken kaum jemand die Prämisse, «Putin» (wie seinerzeit der Zar und dann die Bolschewiki) habe es auf die Eroberung Europas abgesehen. Der Präsident der Russischen Föderation mag zwar skrupellos sein, aber nicht so schlecht informiert, dass er nicht weiss, wie antirussisch die Bevölkerung der ehemaligen Sowjetrepubliken des Baltikums, Polens und der übrigen Länder des ehemaligen sowjetischen Lagers ist, und das nicht erst seit heute. Begrüssungen von russischem Militär mit Brot und Salz wird es dort nicht geben. Um eine russische Eroberung zu konsolidieren, bräuchte es in einer so feindlichen Umgebung dauerhaft starke Besatzungstruppen; anders als auf der Krim oder in den russischsprachigen Gebieten der Ostukraine wäre es nicht damit getan, russische Pässe zu verteilen.

Zudem ist offensichtlich, dass die im Westen als tödliche Bedrohung angesehene russische Armee in der Ukraine seit über drei Jahren nur minimale Geländegewinne erzielt. Eine ernstzunehmende militärische Gefahr für die um ein Vielfaches besser bewaffneten NATO-Länder stellt sie folglich nicht dar, zumindest nicht in einem mit konventionellen Waffen geführten Krieg (Graff), für den der Westen jetzt aufrüstet. Russlands Machtposition beruht auf seinen Atomwaffen. Das «Gleichgewicht des Schreckens» verhindert die direkte Konfrontation. Im breiten Spektrum der linken Parteien, Bewegungen und der mit ihr verbundenen Presse der Schweiz vertreten aber jetzt einige die Meinung: «Aufrüstung muss (leider) sein.»

In dieser Situation muss die klassenbewusste internationalistische Linke zunächst alles daransetzen, ihre theoretischen Grundlagen und die

daraus folgenden politischen Schlüsse nicht aus den Augen zu verlieren. Dieses Heft lässt *dem militärischen Diskurs* widersprechende Stimmen zu Wort kommen:

Die entscheidenden Ursachen für die heutige gewalttätige internationale Unordnung sind nicht gewissenlose Autokraten, sondern der Kolonialismus und die westliche Hegemonie. China, Indien und andere Staaten des globalen Südens beginnen, sich dem immer entschiedener zu widersetzen (Kronauer). Die sich vertiefende Kooperation zwischen Russland und Indien (Wulf) wird im Westen zumeist übersehen. Rivalen um die globale Hegemonie sind nicht nur die USA und China. Verschleiert wird im herrschenden Diskurs der imperialistische Charakter der geopolitischen Konkurrenz. Die politische Linke sollte die Behauptung, es handle sich aktuell um einen globalen Kampf zwischen Autokratie, Diktatur und Einparteienherrschaft auf der einen Seite und Demokratie, Freiheit und «westlichen Werten» auf der anderen kritisch hinterfragen und die kolonialen Kontinuitäten wahrnehmen (Cohen/Weizman).

Die Herrschenden sprechen von einer «Zeitwende». Erforderlich seien Aufrüstung und Militarisierung mit dem erklärten Ziel der «Kriegstüchtigkeit». Wie diese Zeitwende orchestriert wird (Soltz; Spéth und Iten), muss verstehen, wer dem etwas entgegensetzen will. Wer etwas Konkretes über die weltweiten militärischen Machtverhältnisse erfahren möchte, sollte einen Blick auf die Zahlen werfen, anstatt den bellizistischen Politiker:innen zuzuhören (Graff). Dass mit der «Zeitwende» der Umwelt und dem Klima weniger Beachtung geschenkt wird als vor 2022, ist offensichtlich. Dass sie die Umweltprobleme direkt und massiv verschärft (Weber), darf die Linke nicht ignorieren.

Der militaristische Blick ist (nicht nur, aber meistens) männlich. Welche Rolle spielen feministische Ansätze in diesen Zeiten? Es gibt keine einheitliche feministische Position. Unter dem Label Feminismus finden sich auch Stimmen, die für den gleichberechtigten Einsatz von Frauen im Militär werben, im Fahrwasser der alarmistischen Stimmung, die den vermeintlichen Rüstungsrückstand im Eiltempo aufgeholt haben will, auch indem jener Teil der Bevölkerung zur Waffe gerufen wird, der bislang mit dem Argument der Reproduktionsaufgabe zumeist davon ferngehalten wurde. Egalitäre, emanzipatorische Feminismen widersprechen. Nicht, weil Frauen «von Natur aus» friedfertiger wären oder lebensspendende Energien hätten, sondern weil politisches Bewusstsein es nahelegt: Krieg zerstört Leben, Gewalt richtet sich oft zuerst gegen Frauen und Kinder und Armeen reproduzieren soziale Ungleichheit. Die Sozialstruktur bestimmt wesentlich darü-

ber, wer im Zweifelsfall an der Front sein Leben lässt (Soltý). Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus und patriarchale Strukturen sind ineinander verflochten. Linke feministische Analysen setzen hier an und positionieren sich gegen Aufrüstungs- und Kriegslogiken. Nichts ist gefährlicher als militarisierte Männlichkeit mit ihrem Ideal des opferbereiten Soldaten, der fürs Vaterland kämpft, Traumata davonträgt und Gewalt gegen andere wie gegen sich selbst erlernt. Patriarchale Legitimationen treten derzeit offen zutage: Männer schützen Familien, indem sie das Vaterland verteidigen, wobei Beschützer und Beschützte geschlechtlich codiert sind. Militarismus braucht «echte» Männer und «echte» Frauen. Entlang heteronormativer Vorstellungen wird von Frauen in (Vor-)Kriegszeiten erwartet, dass sie sich in mütterlich-mitfühlende Unterstützerinnenrollen fügen. Im historischen feministischen Pazifismus wurden daher Friedensaktivistinnen geächtet und in der männlich dominierten Öffentlichkeit als Bedrohung behandelt (Grunder). Aufhalten liessen sie sich davon nicht, wie sich unter anderem anhand von biografischer Arbeit zeigen lässt (Neuhaus; Notz). In den 2000er-Jahren mündeten zahlreiche feministische Initiativen in die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit, die die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen betont. Damit sie nicht in reiner Repräsentationslogik stecken bleibt, braucht es aber Druck von unten – Graswurzelbewegungen und Debatten, die fragen: Wessen Sicherheit steht auf dem Spiel? Und was definiert Sicherheit – militärische Spiralen oder soziale Sicherheit (Sancar; Sancar/Wüthrich)?

Manifeste oder angedrohte Gewalt prägt heute aber nicht nur die internationale Unordnung, sondern auch die Verhältnisse innerhalb der existierenden und allseits anerkannten Staaten. Da die Aussichten für einen Umsturz der schlechten Verhältnisse durch diejenigen, denen sie nicht gefallen, so schlecht sind wie die Verhältnisse, muss die Linke ihre Handlungsmöglichkeiten reflektieren. Vom Glauben an die systemsprengende Dynamik einer spontanen Vernetzung politischer Aktivist:innen jedweder Couleur bis zum lähmenden Pessimismus angesichts der Einsicht in die eigene politische Bedeutungslosigkeit gehört alles kritisch hinterfragt. Die kapitalistische Weltordnung führt zu Krieg, Verarmung und Umweltzerstörung. Die Politik der staatstragenden Linken setzt dem nicht Fundamentalopposition, sondern die Doktrin des «kleineren Übels» entgegen (Cedillo). In den USA verschmelzen gerade ökonomische und politische Herrschaft; statt planmässiger Despotie scheint das Chaos zu regieren. Eine Auslegeordnung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist angezeigt (Schwendener). Zur Diskussion steht auch, inwiefern Populismus und gesellschaftliche Faschisie-

rung weltweit zunehmen, wo die Ursachen zu suchen sind und wie sich linke Bewegungen angesichts dessen neu aufstellen können (Herzog/Schäppi).

Im Diskussionsteil des Hefts werden wirksame Massnahmen zur Beendigung des Pflegenotstands in der Schweiz vorgeschlagen (Fischer/Latzel/Ringger). Die Dekonstruktion von zehn weitverbreiteten ökonomischen Mythen, welche die Interessen der Besitzenden verschleiern und die herrschenden Verhältnisse als alternativlos darstellen, ist gedacht als «Anleitung zur kritischen Selbstverteidigung» (Behnen). Der Kontrast zwischen der progressiven Normativität des kapitalistischen Geistes und der harschen Faktizität der Akkumulation gibt Anhaltspunkte für eine emanzipatorische Praxis (Truffer).

Wie immer gibt es am Schluss des Hefts eine Reihe von Rezensionen aktueller Neuerscheinungen, welche die Leser:innenschaft des *Widerstands* interessieren könnten.

In diesem Heft gibt es am Schluss erstmals eine neue Rubrik mit dem Titel «Zuschriften». Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) berichtet über ihre Herausforderungen und Aktivitäten sowie über ihre Einschätzung der Politik der Schweizer Linken innerhalb und ausserhalb der Parlamente. Franco Cavalli legt der Redaktion nahe, in den nächsten Heften darauf einzugehen, dass die USA/NATO dem Rest der Welt militärisch noch überlegen seien, nicht aber wirtschaftlich. Die USA planten eindeutig einen Weltkrieg gegen China, dem gelte es entschieden entgegenzutreten. Dass in einigen linken Kreisen der Bellizismus an Akzeptanz gewinne, müsse diskutiert werden.

Die Redaktion